



„Castor“-Transport nach Gorleben (April 1995)

Atom Müll

Alles nach und nach

Zwei geplante „Castor“-Transporte in das Atomlager Gorleben sorgen für Streit zwischen dem niedersächsischen Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) und den Energieversorgern Bayernwerk und RWE. Es geht um eine für den Mai geplante Fuhre mit verglastem hochaktivem Müll aus der französischen Wiederaufarbeitungsfabrik La Hague und um einen Castor-Behälter mit ausgedienten Brennelementen aus dem bayerischen Atommeiler Gundremmingen. Glogowski

wehrt sich dagegen, daß zwei Ladungen kurz hintereinander nach Gorleben geliefert werden sollen.

Der erste Castor-Transport im April 1995 mußte für rund 55 Millionen Mark von 14 000 Polizisten geschützt werden. Jetzt teilte der Innenminister den Energieversorgern mit, ein „polizeilicher Großeinsatz“ sei „nicht beliebig wiederholbar“. Und „bei dem unvermindert anhaltenden Widerstand“ könne erst recht nicht „der Schutz von zwei Transporten in zeitlicher Nähe“ gewährleistet werden.

Bayernwerk und RWE kritisieren Glogowskis Widerstand gegen einen baldigen Transport aus Gundremmingen als

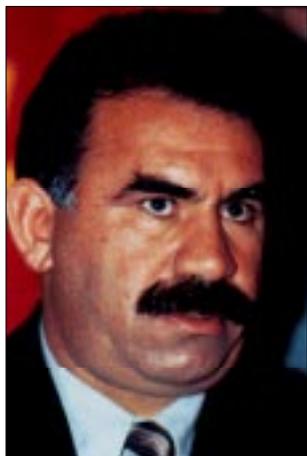
„De-facto-Kapitulation vor mutmaßlichen Straftätern“. „Ein weiterer Verzug“ würde bedeuten, daß der Castor-Termin bis „in den Herbst“ verzögert werde. Sie verlangten „eine unverzügliche Klärung des weiteren Vorgehens“. Glogowskis Antwort: „Kein Bedarf.“ Mehrere Transporte sollten eigentlich schon im vorigen Jahr nach Gorleben kommen. Für die La-Hague-Fuhre haben laut Glogowski inzwischen „die Vorbereitungen begonnen“.

Auch die Atomgegner machen mobil: Unter dem Motto „Frühjahrsputz“ sollen um Ostern Demonstrationen und Sabotageaktionen rund um Gorleben stattfinden.

Sicherheit

Wüste Drohungen

PKK-Chef Abdullah Öcalan verunsichert mit immer neuen Interviews die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Am Montag mahnte das baden-württembergische Innenministerium umgehend eine „bundesweit abgestimmte Bewertung“ an, wie gefährlich die kurdische Arbeiterpartei einzuschätzen sei. Die immer neuen Berichte über Drohungen seien geeignet, „Polizeibeamte wesentlich zu verunsichern“. Irritiert hatte die Sicherheitsbehörden vor allem eine Meldung der Nachrichtenagentur dpa, die



Öcalan

B. KABALAN/ SIPA PRESS

von Bonner Sicherheitskreisen erfahren haben wollte, Öcalans Kader sollten gezielt auf Polizisten schießen. Das Bundeskriminalamt schrieb, der Behörde lägen „keine bestätigenden Aussagen“ vor. Die Staatsschützer vermuten, Öcalan wolle „öffentlichkeitswirksam den Druck auf die Bundesregierung erhöhen“ – mit Interviews in der *Süddeutschen Zeitung* oder der *Zeit* bis hin zur Drohung mit Anschlägen auf Außenminister Klaus Kinkel oder Bundeskanzler Helmut Kohl. Diese Drohungen haben Wirkung – ein für die vergangene Woche vorgesehenes Verbot weiterer kurdischer Vereine und Organisationen wurde vom Bonner Innenministerium verschoben.

Zeugen Jehovas

Fromme Fron

Die Zeugen Jehovas wollen mit einem Dogma brechen: Bisher hatten Angehörige der Religionsgemeinschaft jeglichen Militärdienst verweigert, auch den zivilen Ersatzdienst. Der soll fortan erlaubt sein. In der Ausgabe des *Wachturn* vom 1. Mai wird der Zivildienst mit biblischen Hinweisen auf notwendige „Frondienste“ für die Obrigkeit begründet. William Lloyd Barry, der New Yorker Chef von weltweit etwa fünf Millionen Jehova-Zeugen, ließ verbreiten, künftig bräuchten Mitglieder nicht mehr Totalverweigerer zu sein. Früher hatten Zeugen Jehovas Gefängnis auf sich genommen und im Dauerkonflikt mit dem Staat gelegen. Die Deutschland-Zentrale in Selters (Taunus) will ihre Mitglieder ebenfalls auf einen staatsloyalen Kurs einschwenken. Tenor: „Jehovas Zeugen unterstützen den Staat und seine Vertreter.“